

D P G

Deutsch-Polnische Gesellschaft
Köln-Bonn e.V.

(Gegründet am 19. Januar 1989)

Satzung

(In der Fassung vom 18. Februar 2005)

1. Name und Sitz der Gesellschaft

- 1.1 Der Verein führt den Namen „Deutsch-Polnische Gesellschaft Köln-Bonn e.V.“
- 1.2 Sitz des Vereins ist Bonn.
- 1.3 Er ist in das Vereinsregister einzutragen.

2. Zweck der Gesellschaft

Der Verein dient der Verständigung zwischen den Bürgern der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Vertiefung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

3. Gemeinnützigkeit

- 3.1 Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 3.2 Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

4. Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes

Der Verein kann sich zur Erreichung seines Zweckes insbesondere folgender Mittel bedienen:

- a) Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen, vor allem durch die Nutzung der dafür in Bonn/Köln bestehenden Möglichkeiten;
- b) Förderung der Begegnung zwischen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, zum Beispiel durch Städtepartnerschaft und Jugendaustausch;
- c) Durchführung, Austausch und Vermittlung von Ausstellungen, Sportveranstaltungen, Vorträgen, Filmvorführungen sowie sonstiger kultureller Veranstaltungen;

- d) Austausch von Informationen im kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.

5. Finanzen

Der Verein erhebt von seinen Mitgliedern Beiträge. Die Höhe der Beiträge bestimmt die Mitgliederversammlung.

6. Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

7. Mitgliedschaft

- a) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Personen werden, sofern sie das 16. Lebensjahr vollendet hat. Juristische Personen können ebenfalls Mitglieder des Vereins werden.
- b) Die Anmeldung zum Eintritt in den Verein ist an den/die Vereinsvorsitzende(n) zu richten. Über die Aufnahme des Mitgliedes entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.
- c) Die Mitgliedschaft erlischt
 - durch Tod,
 - durch Ausschluss,
 - durch Austritt.
- d) Der Ausschluss eines Mitgliedes kann bei vereinschädigendem Verhalten oder aus einem sonstigen wichtigen Grund erfolgen. Es entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit nach vorheriger Anhörung des Betroffenen.
- e) Der Austritt ist dem Vereinsvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende mitzuteilen.
- f) Die Mitglieder haben bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keinen Anspruch auf Vereinsvermögen.

8. Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung.

9. Mitgliederversammlung

- 9.1 Die Mitgliederversammlung nimmt den Jahresbericht entgegen und beschließt über
 - a) den Rechenschaftsberichts des/der Schatzmeister(s)(in),
 - b) die Entlastung des Vorstandes,
 - c) alle sonstigen in der Satzung vorgesehenen Maßnahmen.

Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand.

- 9.2 Ordentliche Mitgliederversammlungen sind mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Stimmberechtigt sind nur solche Mitglieder, die ihre laufenden Beiträge fristgerecht bezahlt haben.

- 9.3 Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn mindestens 10 Prozent der Vereinsmitglieder dies schriftlich unter Angabe der Gründe verlangen.
- 9.4 Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand einberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich mit einer Frist von mindestens zwei Wochen. Die Frist beginnt mit der Absendung der Einladung, die eine Tagesordnung enthalten muss.
- 9.5 Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vereinsvorsitzenden geleitet. Im Verhinderungsfall leitet sie einer seiner/ihrer Stellvertreter(innen).
- 9.6 Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit e(n)nfacher Stimmenmehrheit gefasst, sofern diese Satzung nicht anderes vorsieht. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- 9.7 Über die Verhandlungen der Mitgliederversammlung ist eine Ergebnisniederschrift anzufertigen, die vom Protokollführer und dem/der Vorsitzenden zu unterschreiben ist.

10. Der Vorstand

- 10.1 Der Vorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden, zwei Stellvertretern(innen), dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, dem/der Schatzmeister(in) und bis zu drei Beisitzern.
- 10.2 Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende, seine/ihre Stellvertreter(innen) und das geschäftsführende Vorstandsmitglied. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei aus diesem Kreis vertreten.
- 10.3 Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder einer seiner/ihrer Stellvertreter(innen) anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
- 10.4 Die Einberufung der Sitzungen des Vorstandes erfolgt durch den/die Vorsitzende(n) oder seine/ihre Stellvertreter(innen) oder durch das geschäftsführende Vorstandsmitglied. Sie kann schriftlich, fermündlich oder telegrafisch erfolgen.
- 10.5 Über die Verhandlungen des Vorstandes, insbesondere die Beschlüsse, ist eine Niederschrift zu fertigen, die der darauf folgenden Vorstandssitzung zur Genehmigung vorzulegen ist.
- 10.6 Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Vorstand bleibt auch nach Ablauf seiner Amtszeit so lange im Amt, bis der neue Vorstand durch die Mitgliederversammlung gewählt ist.

11. Rechnungsprüfer

Von der Mitgliederversammlung werden zwei Rechnungsprüfer für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Es kann nur ein Rechnungsprüfer wiedergewählt werden. Sie haben das Recht, jederzeit Einsicht in sämtliche Buchhaltungs- und Kassenunterlagen zu nehmen. Sie haben den Jahresabschluss des Vorstandes zu prüfen und darüber der Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten.

12. Kuratorium

- 12.1 Der Vorstand kann ein Kuratorium berufen.
- 12.2 Das Kuratorium berät und unterstützt den Vorstand bei der Planung und Durchführung seiner Aufgaben. Das Kuratorium setzt sich aus mindestens 10 Personen zusammen, die vom Vorstand für die Dauer von zwei Jahren berufen werden. Der/die Vorsitzende des Kuratoriums kann dem Vorstand Vorschläge zur Berufung von Kuratoriumsmitgliedern unterbreiten. Die Kuratoriumsmitglieder brauchen nicht dem Verein anzugehören.
- 12.3 Das Kuratorium wählt auf Vorschlag des Vorstandes den/die Vorsitzende(n) und den/die stellvertretende(n) Vorsitzende(n) für die Dauer von zwei Jahren. Erneute Berufung bzw. Wiederwahl sind zulässig. Der Vorstand kann Mitglieder des Kuratoriums vorzeitig abberufen, sofern ein wichtiger Grund vorliegt. Im Fall des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern des Kuratoriums kann der Vorstand für den Rest der Wahlperiode Ersatzmitglieder berufen.
- 12.4 Das Kuratorium tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Die Einladung erfolgt durch den/die Vorsitzende(n) des Kuratoriums. Er unterrichtet den Vorstand von den Ergebnissen der Beratungen des Kuratoriums.

13. Auflösung

- 13.1 Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden, die ausdrücklich zu diesem Zweck einberufen worden ist. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Zweidrittelmehrheit.
- 13.2 Bei Auflösung, Aufhebung oder Wegfall des Vereinszwecks überträgt die Mitgliederversammlung nach Erledigung sämtlicher Verbindlichkeiten das Vereinsvermögen einer als gemeinnützig anerkannten Körperschaft, die es für die Völkerverständigung zu verwenden hat.

14. Satzungsänderungen

- 14.1 Zur Änderung dieser Satzung bedarf es eines mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden gefassten Beschlusses der Mitgliederversammlung.
- 14.2 Vom Amtsgericht oder vom Finanzamt verlangte Satzungsänderungen können vom Vorsitzenden, seinen beiden Stellvertretern und dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied ohne Anhörung der Mitgliederversammlung vorgenommen werden. Dazu wird der Vorstand ausdrücklich bevollmächtigt.

Bonn, den 18. Februar 2005